

Migrationspolitik der Zukunft

Ein Tagungsbericht zur Zürcher Migrationskonferenz 2006

Auf Einladung der Stadt Zürich trafen sich am 28. September 2006 gegen 180 Personen, um sich über zukünftige migrationspolitische Entwicklungen und Handlungsfelder zu informieren. Neben Referaten und Podiumsdiskussionen wurde ein Arbeitspapier mit verschiedenen Thesen und Vermutungen präsentiert und anschliessend überarbeitet.

Die vierte Zürcher Migrationskonferenz war ein Erfolg. Sie war informativ, weil sowohl aus internationaler als auch aus nationaler Perspektive ein Blick in die migrationspolitische Zukunft geworfen werden konnte. Sie war anregend, weil einige der vorgestellten Thesen kontrovers diskutiert wurden. Sie war bereichernd, weil durch die mehrheitlich in sozialen Umfeldern tätigen TeilnehmerInnen die wirtschaftsbezogene Podiumsdiskussion als eigentlicher Höhepunkt wahrgenommen wurde.

Und vielleicht war sie für viele auch auf einer persönlichen Ebene wichtig, weil sie nur einige Tage nach dem deutlichen Ja der stimmberechtigten Bevölkerung zum neuen Ausländer- und Asylgesetz stattfand und diesbezüglich noch eine gewisse Nachbearbeitung erfolgte. Stadtpräsident Elmar Ledergerber erwähnte in seiner Begrüssung gegenüber dem vollständig anwesenden Stadtrat und den rund 170 anderen Teilnehmenden denn auch, dass es wehgetan habe, aber der Zeitpunkt vielleicht gerade deshalb gut sei, um nach vorne zu schauen.

Europa wird grauer und bunter

Das Referat von Prof. Rainer Münz von der Ersten Bank in Wien und vom Weltwirtschaftsinstitut in Hamburg wurde krankheitsbedingt vorgelesen und widmete sich der europäischen Migrationsgeschichte. Münz ging von den Feststellungen aus, dass Europa bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts die wichtigste Herkunftsregion der weltweiten Migration war und dass die darauf folgende Immi-

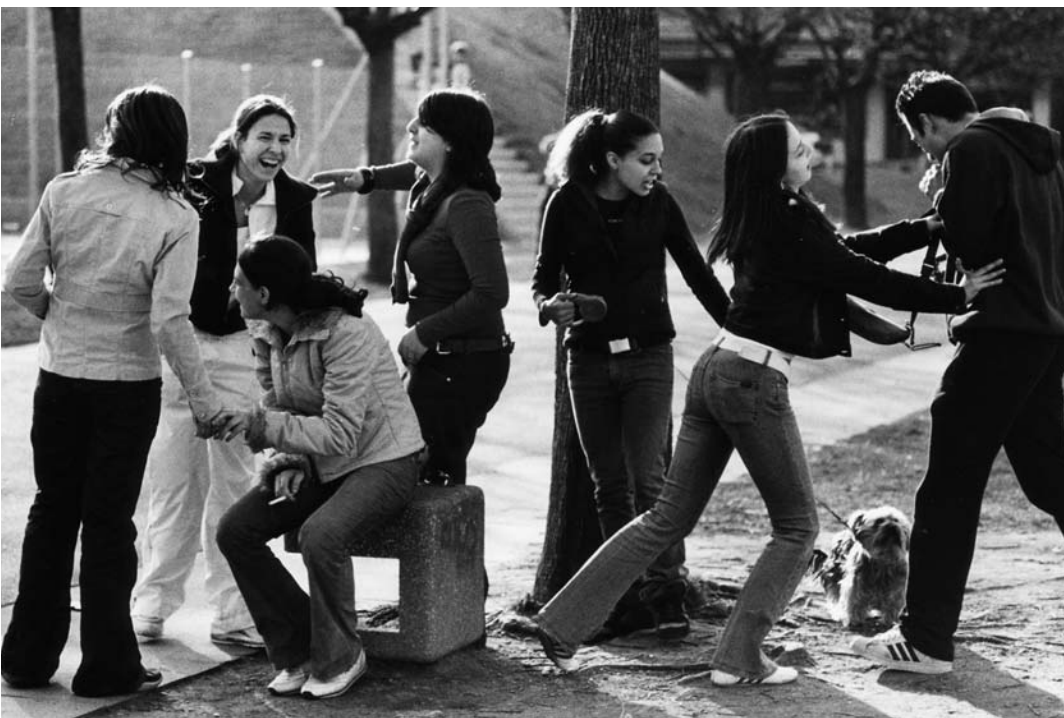
gration einerseits durch die Entkolonialisierung und andererseits durch die Anwerbung von Arbeitskräften aus der Mittelmeerregion geprägt wurde. Er wertete den Anwerbestopp Anfang der Siebzigerjahre als für die heutigen Diskussionen von besonderer Bedeutung. Denn die von den reicheren Ländern signalisierte Botschaft: «Wir benötigen euch nicht mehr; bitte kehrt wieder heim», wurde gegenteilig aufgenommen: Man solle jetzt nicht mehr zurückkehren, denn sonst sei eine Wiederkehr nicht mehr möglich. Dadurch erfolgte eine Verlage-

rung von der Arbeitsmigration zum Familiennachzug – und erst damit stellte sich für viele Länder die Frage der Integration. Eine Frage, die auch heute, wo sich eine klare Tendenz zu einer «grauerer» (also älteren) und zugleich «bunterer» (also heterogeneren) europäischen Bevölkerung abzeichnet, noch nicht ausreichend beantwortet ist, insbesondere im Bereiche der politischen Partizipation.

Sozialer Zusammenhalt wichtig

Dr. Maria Berger, die unter anderem für das europäische IMISCOE Network of





Excellence tätig ist, berichtete in ihrem Beitrag über aktuelle Themen und Erkenntnisse der Forschung. So werde beispielsweise – auch aufgrund der zunehmenden Relevanz der transnationalen Beziehungen – die Beziehung zwischen Integration und Migration sowohl prägnanter als auch komplexer. Und generell sei es so, dass die problemfokussierte Wahrnehmung der Migration sowie das multikulturelle Modell zunehmend in Frage gestellt würden. Im Vordergrund stehe heute vorab die Frage nach dem sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft («social cohesion»). Diesbezüglich stellten sich insbesondere auf lokaler Ebene verschiedene Herausforderungen. Auch könne im Rahmen von Vergleichsstudien – Berger verglich u. a. die nach Deutschland immigrierten erwünschten und stark unterstützten «Aussiedler» mit der weniger erwünschten und weniger unterstützten türkischen Bevölkerung – nachgewiesen werden, dass ein Mehr von staatlicher Förderung nicht immer zu einem Mehr an Integration und an sozialem Kapital führe.

Die Politik braucht Unterstützung

Zuwanderung sei eine Realität und die legale Migration sei und bleibe auch in Zukunft nötig und wünschenswert, hielt der Direktor des Bundesamts für Migration, Dr. Eduard Gnesa, fest. Und mit den mit überraschender Deutlichkeit angenommenen neuen Gesetzen habe

die Schweiz gute Voraussetzungen, die für die weitere Entwicklung nötigen guten wirtschaftlichen und kulturellen Rahmenbedingungen zu erhalten und gar zu stärken. Doch die Entwicklung verlaufe dynamisch und der Migrationsdruck bleibe aufgrund des Nord-Süd-Gefälles noch lange bestehen. Es gelte, damit Schritt zu halten. Diesbezüglich sei es von besonderer Bedeutung, den Asylgedanken zu erhalten, die Zuwanderung auf der Basis des Arbeitsmarkts zu gestalten und die Integration zu intensivieren. Diese Ausrichtung sei, etwa im Gegensatz zu gewissen «Scheinlösungen» wie Massenamnestien von illegal Anwesenden, auch mehrheitsfähig. Schliesslich gebe es keine erfolgreiche Migrationspolitik ohne die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger.

Wichtige Fragen der nächsten Jahre

Die Einstiegsreferate wurden im Rahmen einer Podiumsdiskussion nachbereitet, an der sich auch Stadträtin Monika Stocker beteiligte. Das Gespräch führte dabei auch auf politische Ebenen; das Abstimmungswochenende sowie aktuelle Fragen zu den Sans-Papiers nahmen relativ viel Raum ein. Zu Beginn des Nachmittags wurde dann ein von den Organisatoren vorbereitetes Arbeitspapier vorgestellt. Dieses listete verschiedene Vermutungen und Thesen zu zukünftigen migrationspolitischen Herausforderungen auf und führte innerhalb

der sechs parallel geführten Workshops zu angeregten und punktuell sehr kontrovers geführten Diskussionen. Dies kann beispielsweise am Thema der zunehmenden Zuwanderung von gut bis sehr gut qualifizierten Arbeitskräften illustriert werden: Verändert sich dadurch die gesellschaftliche Schichtung in der Schweiz? Verstehen die daran beteiligten Menschen ihren Aufenthalt in der Schweiz nur als temporär? Führt dies zu bedeutsamen Lücken in der Zivilgesellschaft? Welche Reaktionen löst dies bei der einheimischen Bevölkerung aus? Werden dadurch Arbeitsplätze geschaffen?

Die Wirtschaft steuert die Migration

Den Abschluss der Migrationskonferenz 2006 bildete ein Podiumsgespräch, an dem sich Thomas Daum (Direktor des Schweizerischen Arbeitgeberverbands), Bruno Sauter (Chef des kantonalen Amts für Wirtschaft und Arbeit) sowie Helena Trachler (Head Diversity Management bei der Swiss Re) beteiligten. Dabei zeigte sich klar, dass die Wirtschaft Migration braucht, aber auch, dass tendenziell davon ausgegangen wird, dass sich der zunehmende Bedarf an benötigten SpezialistInnen voraussichtlich nicht durch die Zuwanderung aus dem EU-Raum abdecken lässt. Einigkeit bestand auch darüber, dass es die wirtschaftliche Nachfrage sei, die Migration letztlich steuere, und dass temporäre Formen der Migration bedeutsamer werden – mit positiven Folgen für die Dynamik und die Lebensqualität sowie mit negativen Folgen für das Milizsystem. Es sei unabdingbar, Zuwanderinnen und Zuwanderer in unsere Gesellschaft einzubinden.

Die von Ellinor von Kauffungen moderierte vierte Zürcher Migrationskonferenz wurde von der AOZ, der Stadtentwicklung und der Integrationsförderung organisiert. Die Referate sowie das Arbeitspapier «Vermutungen und Thesen» finden sich – inkl. der nachträglichen Überarbeitung – auf der Website der Integrationsförderung: www.stadt-zuerich.ch/integration



Christof Meier
Leiter Integrationsförderung